

Rede des Ersten Sekretärs des ZK der USAP, Genossen János Kádár

Hochverehrter Politischer Beratender Ausschuß!
Teure Genossen!

Aus verschiedenen Ursachen hat sich die internationale Lage, in der die Ereignisse rasch einander ablösen, in letzter Zeit außerordentlich kompliziert gestaltet. In dieser Situation ist es von großer Bedeutung, daß mit der Einberufung dieser Beratung die Möglichkeit gegeben ist für einen Meinungsaustausch zwischen den verantwortlichen Vertretern der im Warschauer Vertrag vereinigten sozialistischen Länder, für die gemeinsame Ausarbeitung von Schritten, die unseren gemeinsamen Interessen und Zielen dienen.

Im Namen der Mitglieder der ungarischen Delegation begrüße ich aufs wärmste die Initiative der deutschen Genossen, die Gastfreundschaft und die organisatorische Vorbereitungsarbeit der polnischen Genossen, die Haltung aller Teilnehmerländer, in deren Ergebnis diese Tagung einberufen werden konnte und ihre Arbeit in Warschau aufgenommen hat. Gestatten Sie mir, allen Teilnehmern der Tagung die kameradschaftlichen Grüße des Zentralkomitees der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei und der Regierung der Ungarischen Volksrepublik sowie die besten Wünsche für eine erfolgreiche Arbeit der Beratung zu überbringen.

Für eine erfolgreiche Arbeit sind alle Voraussetzungen gegeben. Im Verlauf der Vorbereitung der Tagung haben wir uns dafür ausgesprochen, daß die Volksrepublik Albanien eine ebensolche Einladung erhält wie alle übrigen Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages. Aus der uns übermittelten albanischen Antwort geht hervor, daß sie leider auf die Teilnahme an der Beratung verzichten und ihre Teilnahme von verschiedenen Bedingungen abhängig machen. Wir haben hier nicht die Zeit, ihre Haltung zu erörtern und gebührend zu qualifizieren. Unsere Delegation unterbreitet folgenden Vorschlag: Die Beratung möge erklären, daß keine Seite, auch nicht die albanische, das Recht hat, die Erfüllung ihrer vertraglichen Verpflichtungen an irgendwelche Bedingungen zu knüpfen. Wir sollten das auf dem entsprechenden Wege der Regierung der Volksrepublik Albanien zur Kenntnis bringen und selbst unsere Arbeit fortsetzen.

Liebe Genossen!

Im Verlauf der Vorbereitung dieser Tagung sind wir übereingekommen, daß wir auf dieser Zusammenkunft den aggressiven Plan der NATO-Mächte behandeln werden, dessen Verwirklichung besonders hartnäckig von den Regierungen der Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik Deutschland angestrebt wird. Das sind die Schritte, die auf die Schaffung multilateraler Kernstreitkräfte der NATO gerichtet sind. Wir hatten beschlossen, die in diesem Zusammenhang entstandene Lage und unsere Aufgaben zu beraten.

Auf Grund der Aussprachen, die in letzter Zeit aus verschiedenen Anlässen zwischen uns stattfanden, haben wir den Eindruck gewonnen, daß diese Frage von uns im wesentlichen einheitlich eingeschätzt wird. Es ist klar, daß die geplanten multilateralen Kernstreitkräfte der NATO zwar das Kräfteverhältnis zwischen den beiden Weltsystemen im Grunde nicht verändern, aber dennoch eine Gefahr für den Frieden darstellen, denn wenn die reaktionären, militaristischen Kreise Westdeutschlands Zugang zu Atomwaffen erhalten, erhöht das bedeutend die Möglichkeit abenteuerlicher Unternehmen, die zur Entfesselung eines neuen Weltkrieges führen können. In nicht geringerem Maße wird die Kriegsgefahr auch allein schon durch die Tatsache erhöht, daß mit der Schaffung multilateraler Kernstreitkräfte der NATO die Atomwaffe faktisch weiter verbreitet wird, daß sich die Zahl der Länder, die über diese gefährliche Waffe verfügen, erhöht.

Ebenfalls ist klar, daß die Bildung multilateraler Kernstreitkräfte der NATO, neben der unmittelbaren Kriegsgefahr, eine ganze Reihe politischer Folgen nach sich zieht, die unsere Interessen tiefst verletzen und zu denen wir uns mit größter Aufmerksamkeit verhalten müssen. Im Gegensatz zu unseren Zielen vergrößern sich die Spannungen, wächst das internationale Gewicht der Bundesrepublik Deutschland, die Zugang zu Atomwaffen erhält, wird die Möglichkeit einer friedlichen Regelung der deutschen Frage eingeschränkt. Es versteht sich von selbst, daß in dieser voraussehbaren Situation die Bonner Regierung noch aggressiver gegen eine diplomatische Anerkennung der DDR und gegen die Idee unmittelbarer Verhandlungen zwischen beiden deutschen Staaten auftreten wird. Die Tatsache, daß die BRD in irgendeiner Form dem Besitz von Kernwaffen näherkommt, ermuntert alle reaktionären Kräfte der Welt,

lage und nehmen ihn an. Wir wollten auch darüber nachdenken, neben dem Communiqué, das sich an die Öffentlichkeit wendet, die Frage eines möglichen und notwendigen gemeinsamen Auftretens auf diplomatischer Ebene zu beraten, einschließlich der Ausarbeitung eines Vertragsentwurfes über die Nichtverbreitung von Kernwaffen. Der von den deutschen Genossen vorgelegte Entwurf ist unseres Erachtens zur Beratung geeignet. Aber wir sollten abwägen, welcher der geeignetste Augenblick ist, um vorzuschlagen, ihn auf die Tagesordnung der UML-Vollversammlung zu setzen. Bekanntlich hat die Tagung der UML-Vollversammlung gegenwärtig keine Tagesordnung, und im gegebenen Moment ist überhaupt nicht klar, wie sie ihre Arbeit fortsetzen wird.

Wir billigen und halten es für notwendig, daß die Genossen ab sofort für Auswärtige Angelegenheiten gleichzeitig mit der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses den Entwurf des Communiqués und den Vertragsentwurf sowie mögliche und notwendige diplomatische Schritte gesondert beraten; nach Abschluß unserer Arbeit sollver sie der Plenartagung über die Ergebnisse berichten.

Verehrter Politischer Beratender Ausschluß:

Teure Genossen!

Abschließend möchte ich kurz einige Worte über die Organisation des Warschauer Vertrages. Über ihre Tätigkeit sagen. Vor zehn Jahren haben unsere Länder als verträgliches Seitenstück das Abkommen über die Bildung der Organisation des Warschauer Vertrags unterzeichnet. Es ist sicher keine Übertreibung, wenn ich sage, daß es von allen internationalen Organisationen gerade der Warschauer Vertrag ist, der als unverlässiger unwirklicher Schutzschild für die Länder des sozialistischen Weltsystems, für den Frieden der Menschheit gedient hat und weiterhin dient. Das hat das Leben in allen Grundfragen bewiesen.

Unsere Delegation ist zutiefst davon überzeugt, daß wir nur in dem Falle imstande sind, die gefährlichen aggressiven Pläne zur Schaffung multilateraler Kernstreitkräfte der NATO zum Scheitern zu bringen, wenn die militaristischen Kreise, die die Verantwortlichkeit dieser Pläne ausüben, auf die monolithische und koordinierte handelnde Kraft der Länder des Warschauer Vertrags stoßen. Das verlangen die Interessen unserer Länder und Völker, aller sozial-

zwischen Vätern, aller Völker. Darin liegt das sichere, wirksame Bürgschaft unseres Erfolges. Die vereinte und koordiniert handelnde Kraft der Länder des Warschauer Vertrages ist die Kraft, die einzig und allein imstande ist, jeglichen aggressiven Vorhaben der NATO einen Schutzwall entgegenzusetzen, wie das vergangene Jahrzehnt bewiesen hat.

Unsere Delegation möchte folgendes sagen. Jeder echte Anhänger des Sozialismus in unserem Lande weiß von der Schwäche unserer Situation, die nur, daß es mehr als einmal an koordinierten Aktionen mangelt, und ist darüber beunruhigt. Ursache dafür können in dem einen oder anderen Fall ein unterschiedliches Herangehen, unsere unzureichende Bewusstseinsbildung der ideologischen und politischen Verantwortung sein. Aber es war jetzt hier der Warschauer Vertrag abzuschließen, der uns die Gründe und bestimmten Mängel der Konstruktion und der Vollzüge der Organe des Vertrags liegen. Gegenwärtig müssen jedoch zwei Organe des Warschauer Vertrages - der Politische Berater des Ausschusses und das Oberkommando. Das Oberkommando ist ein ständiges Organ. Der Arbeit des Politischen Beraters Ausschusses dagegen handelt es sich um eine Spezialarbeit: es gibt nicht einmal eine Sammlung von Befehlen, die keine Arbeit vorschreibt und nicht.

Gegenüber, zugeordnet solcher imperialistischer Schrittmacher, die es anstreben, die koordinierten Aktionen gegen die Völkerwelt zu unterbinden und Kriege zu führen, kann es darauf an, unsere Einheit, unsere Verantwortung zu festigen, und organischer Bestandteil dessen sind der Kampf und die Existenz, häufiger durchzuführen des Herankommens über aktuelle internationale Fragen. In nicht geringem Maße wird diese Verantwortung durch die vielseitige und durchaus koordinierte Tätigkeit der Imperialisten gegen unser sozialistisches System und unsere Einheit hervorgerufen, die sie unter dem Vorwand der politischen Koexistenz auf politischem, ökonomischem und kulturellem Gebiet betreiben.

Das Zentralkomitee der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei und die Regierung der Ungarischen Volksrepublik treten an diesem Tag auf, es besonders in der gegenseitigen Situation zur Ruhe zu bringen, die Pflicht, die Einheit unserer Länder zu festigen. Unsere koordinierten Aktionen in allen wichtigen Fragen des internationalen Lebens zu verstärken. Unsere Delegation handelt auf der Beratung in diesem Geiste und wird alle Anstrengungen unternehmen, damit unsere

jetzige Arbeit in der Frage des Kampfes gegen die multilateralen Kernstreitkräfte der NATO sowohl unseren Völkern als auch unseren Gegnern die zunehmende Stärke unserer Einheit vor Augen führt.

Mit dem Ziel, eine besser organisierte und regelmäßiger Arbeit herbeizuführen sowie die Informationen und Konsultationen zu verbessern, hat die ungarische Seite mehrfach vorgeschlagen, neben den bereits wirkenden Organen des Warschauer Vertrags einen Rat der Außenminister zu bilden, der in bestimmten Zeiträumen regelmäßig zusammentritt. Deshalb haben wir den Vorschlag der deutschen Genossen in dieser Frage mit großer Freude begrüßt und unterstützen ihn voll und ganz. Ich schlage vor, daß die Genossen Außenminister auch diese Frage beraten, daß sie die Voraussetzungen prüfen, die für eine regelmäßige Arbeit des vorgeschlagenen Konsultationsorgans erforderlich sind, und daß der Politische Beratende Ausschuss nach Möglichkeit schon auf dieser Tagung eine positive Entscheidung in dieser Frage trifft.

Liebe Genossen!

Seit der letzten Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses ist eine lange Zeit verstrichen. Das Zentralkomitee unserer Partei und die Regierung der UVR sind der Meinung, daß Beratungen zu einer ganzen Reihe anderer Fragen von allgemeiner Interesse durchgeführt werden könnten und eigentlich auch müßten. Unsere Delegierten sind aber der Ansicht, daß auf dieser Tagung die Aufmerksamkeit auf diejenigen Schritte konzentriert werden sollte, die darauf gerichtet sind, die Schaffung der geplanten Kernstreitkräfte der NATO zu verhindern. Daneben sollten wir jedoch auch der zweiten Frage Beachtung schenken, sie, wenn möglich, beraten und konkrete Schritte unternehmen, um regelmäßiger Konsultationen durchzuführen.

Und abschließend möchte ich sagen: Die Grundinteressen unserer sozialistischen Länder, unserer Völker decken sich. Wir haben einen und denselben Feind - den Imperialismus. Eine wirksamere Vernetzung unserer zunehmenden Kräfte, ein besser koordiniertes und gemeinsames Auftreten unsererseits würde zweifellos auch in der internationalen Arena neue große Erfolge zum Wohle unserer gemeinsamen Sache, zum Wohle des Sozialismus und des Friedens zeitigen.

Ich danke Ihnen, Genossen, für Ihre Aufmerksamkeit.